

Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



Interview

WU-Professor Josef Zechner warnt davor, die Eigenkapitalmärkte zweimal zu bestrafen
>> Seite 2



Investmentfonds

ERSTE-SPARINVEST-Chef Heinz Bednar über erfreuliche Zuwachsraten im Fondsgeschäft
>> Seite 3



Sparstudie

Monatlich werden 188 Euro gespart, aber jeder Zweite tut nichts für die Altersvorsorge
>> Seite 5



Erste-Chef Andreas Treichl: „Unsere Gruppe steht auf einem soliden Eigenkapitalsockel.“

Bankenprüfung bestanden: Erste Group hat keinen Stress

Die Erste Group hat die Bilanzprüfung sowie den Stresstest der beiden europäischen Aufsichtsbehörden EZB und EBA gut bestanden. Sie liegt bei allen Parametern, die überprüft worden sind, deutlich über den Grenzwerten.

Die Spekulationen und Gerüchte brodelten bis zuletzt, doch passend zum Nationalfeiertag zeigen die am 26. Oktober dieses Jahres veröffentlichten Ergebnisse, dass – mit Ausnahme der ÖVAG – alle 6 überprüften heimischen Finanzinstitute ein krisenfestes Geschäftsmodell und ausreichend Kapital für Krisenzeiten haben. Damit sollten die in der Vergangenheit immer wieder kolportierten Zweifel an der nachhaltigen Solidität der österreichischen Banken in einem schwierigeren konjunkturellen Umfeld der Vergangenheit angehören.

Knapp ein Jahr hat der Prozess der Bilanzprüfung und der Berechnung der Stressfaktoren für 130 europäische Banken gedauert. Alleine in Österreich wurden mehr als 8000 Kreditfälle auf ihre korrekte Verbuchung überprüft. Ziel der Übung war es, einen Statusbericht über den Gesundheitszustand der europäischen Bankenwelt zu erhalten.

Die Erste Group hatte Ende 2013 ein Eigenkapital von 11,2%, von der EZB wurden 10% nach der Überprüfung der Aktiva (Asset Quality Review) anerkannt. Selbst unter den Stressannahmen, die für die Jahre 2014-2016 berechnet worden sind, hätte die Bank Ende 2016 immer noch 7,6% Eigenkapital. Geht es der Wirtschaft gut, dann würde die Erste Group Ende 2016 nach EZB-Berechnung auf 11,2% Eigenkapital kommen. Die Bank liegt somit komfortabel über dem festgelegten Grenzwert von 5,5%.

Ebenfalls gut abgeschnitten hat die slowakische Tochterbank Slovenská sporiteľňa. Diese hätte selbst unter den schweren Krisenbedingungen noch ein Kernkapital von 19,5%. Dass die heimischen Banken mit ih-

ren Ergebnissen unterhalb des europäischen Durchschnitts liegen, liegt daran, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Länder Zentral- und Osteuropas im Vergleich mit den anderen europäischen Volkswirtschaften viel stärker gestresst worden ist. Während die Berechnungen für Spanien, Frankreich und Italien lediglich einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von knapp etwas mehr als einem Prozent

vorsahen, wurden die Banken in Tschechien mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung von fünf Prozent, in Kroatien von 11,4% und in Ungarn von knapp drei Prozent konfrontiert. Für Erste-General Andreas Treichl zeigt das Ergebnis, „dass unsere Gruppe ausreichend kapitalisiert ist und wir auf das richtige Geschäftsmodell gesetzt haben.“

„CEE-Raum besonders streng getestet“

Meine Meinung



Die EZB geht einen gefährlichen Weg

ABS: Dieses Kürzel steht seit Jahrzehnten für ein sehr wirksames, das Schleudern verhinderndes Bremssystem in der Kraftfahrzeugtechnik. Doch in der Finanzwirtschaft hat sich ABS – diesmal als Asset-Backed-Securities – schon vor einigen Jahren als Brandbeschleuniger in der Finanzkrise entpuppt. Damals überschwemmten toxische Wertpapiere in Form von gebündelten und verbrieften US-Hypothekarkrediten mit beträchtlichem Klumpenrisiko die europäischen institutionellen Anleger. Die Folgen sind sattem bekannt.

Aus der Geschichte wieder einmal nichts gelernt? Diese Frage muss man sich jetzt angesichts der Erfahrungen aus den globalen Turbulenzen der Jahre 2008/09 ernsthaft stellen. Denn die Europäische Zentralbank hat angekündigt, im Zuge eines Kaufprogramms privaten Banken faule Kredite – etwa aus Griechenland oder Portugal – in Form von ABS abzukaufen. Dabei scheut man auch von der Zusammenarbeit mit dem weltweit größten Hedgefonds, Black Rock, nicht zurück. Dem Vernehmen nach will die EZB bis zu 800 Mrd. Euro für dieses ABS-Programm sowie für Covered Bonds, also letztlich auch für den breitflächigen Ankauf von Krediten schlechter Bonität bereitstellen. Das ist das Comeback jener Produkte, die uns schon einmal in die Krise geführt haben.

Bei voller Würdigung der Verdienste, die sich die EZB bei den Rettungsmaßnahmen für den Euro während der Finanzkrisen etwa in Griechenland, Portugal oder Zypern erworben hat, ist jetzt vehemente Kritik angebracht. Die „Europäisierung“ fauler Kredite durch die Zentralbank des Euroraumes birgt kaum überschaubare Risiken in sich. Dieses Ankaufprogramm bringt nämlich wieder das Klumpenrisiko ins Spiel. Es könnte für den europäischen Steuerzahler schon in absehbarer Zeit ein sehr böses Erwachen geben, wenn diese Risiken breitflächig schlagend werden.

Der Kernauftrag der Europäischen Zentralbank ist die Sicherstellung einer soliden Währungspolitik für den Euro-Raum.

Sie hat allerdings nicht den Gründungsauftrag, zu einer „Bad Bank“ zu mutieren, nur weil die so konsequent betriebene Niedrigzinspolitik noch immer keine Wachstumsimpulse bringt. Ganz im Gegenteil, den Druck auf Regierungen mildern, durch einschneidende Reformen die Strukturen ihrer Volkswirtschaften in Ordnung zu bringen und wieder wettbewerbs- und wachstumsfähig zu machen. Was jetzt passiert, das ist ein veritabler Sündenfall.

Die niedrigen Zinsen führen vorerst zu einem weitgehenden Stillstand der privaten Vermögensbildung. Ja mehr noch: Die nunmehr seit Jahren andauernde negative Realverzinsung bedeutet den schrittweisen Substanzverlust für Sparer und Anleger und deren unfreiwillige Beteiligung an der Entschuldung öffentlicher Haushalte. Wenn das Experiment der EZB zur Bad Bank wird, dann werden Sparer und Steuerzahler nochmals zur Ader gelassen. Das Verantwortungsbewusstsein von supranationalen Notenbankern hat man sich wahrlich anders vorgestellt ...

Michael Ikrath
Generalsekretär des Österreichischen Sparkassenverbandes

Name und Anschrift:

„Die Eigenkapitalmärkte nicht nochmals bestrafen“

Er hält sehr viel vom CEE-Engagement der österreichischen Banken, hingegen wenig von einer Finanztransaktionssteuer. Die Amerikaner sieht er keineswegs als die Hauptschuldigen der Finanzkrise des Jahres 2009. Josef Zechner, Professor für Finance and Investments an der Wirtschaftsuniversität Wien am Institute for Finance, Banking and Insurance, nimmt im Interview zu den wichtigsten aktuellen Fragen der Kreditwirtschaft Stellung. Er war jahrelang in den USA und in Kanada tätig und kennt die Finanzwirtschaft Nordamerikas besonders gut.

Sparkassenzeitung: Die US-Banken haben sich nach der Finanzkrise rasch wieder erholt, die europäische Kreditwirtschaft hingegen kämpft mit hohen regulatorischen Kosten sowie geringer Kreditnachfrage und die österreichischen Banken zudem mit einer würgenden Steuerlast namens Bankensteuer. Was läuft da schief?

Zechner: Grundsätzlich ist zu beachten, dass die Kreditwirtschaft in Europa eine wesentlich größere Rolle bei der Unternehmensfinanzierung als in den USA spielt. Die Bilanzsummen der Banken gemessen am BIP liegen in Europa und somit auch in Österreich bei etwa dem Drei- oder Vierfachen der US-Kreditinstitute. Das ist ein fundamentaler Unterschied. Ich begrüße prinzipiell die Europäische Bankenunion, aber man muss sich vor der Überregulierung hüten. Vor allem die kleineren Kreditinstitute, die etwa auch in Österreich wichtig sind, brauchen eine Regulierung light. Da sind die USA wieder einmal flexibler als die Europäer.

Die Bankensteuer ist nicht nur eine Belastung der Ertragslage, sie behindert auch bei der Aufstockung der von allen Regulatoren geforderten Eigenmittelanteile.

Da läuft rund um die Bankensteuer einiges schief. In der öffentlichen Diskussion wird diese Abgabe von der Politik als eine Art Wiedergutmachung für die Belastungen der öffentlichen Hand im Zuge der Finanzkrise gerechtfertigt. In Wahrheit zahlen aber jene, die sehr gut durch die Krise gekommen sind, für jene, die meist aus dem staatsnahen Bereich stammend kein ausreichendes Risikomanagement hatten, also langfristiges Engagement mit kurzfristigen Mitteln finanzierten. Es zahlen also nicht die Verursacher, sondern gleichsam die Branchenkollegen. Das kommt mir jetzt so vor als müsste McDonalds dafür Strafzahlungen leisten, weil irgendwo ein anderer Burger-Konzern eine Lebensmittelvergiftung zu verantworten hatte.

Die heimischen Banken sehen sich darüber hinaus schon auf nationaler Ebene rigiden Regulatoren gegenüber, etwa in der Doppelfunktion von FMA und Notenbank.

Ich selbst war an der Konzeptionierung der FMA beteiligt, bin hier also involviert. Aber es wäre wünschenswert, zwischen den Regelinstanzen eine möglichst effiziente



„In Wahrheit zahlen aber jene, die sehr gut durch die Krise gekommen sind, für jene, die meist aus dem staatsnahen Bereich stammend kein ausreichendes Risikomanagement hatten.“ Josef Zechner über die Bankensteuer.

Zusammenarbeit sicherzustellen und Zweigleisigkeiten zu vermeiden. Die Nationalbank hat mehr Affinität zum Bankengeschäft, das ist historisch bedingt. Die FMA wiederum ist installiert worden, um auch zu den Bereichen der Versicherungsaufsicht und der Wertpapieraufsicht Synergien zu schaffen. Aber die perfekte Struktur der Aufsichtsbehörden wird es wohl nie geben.

In Österreich konnte man in den vergangenen Jahren als US-Ökonom mühelos in die Schlagzeilen kommen, wenn man das CEE-Engagement der heimischen Banken als viel zu hoch und als ernste Gefahr bezeichnet hat. Wie sehen Sie diese Schwerpunktsetzung in Ost- und Südosteuropa?

Durchaus positiv. Es war richtig, in diese Märkte zu gehen. Natürlich muss man die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Länder dabei berücksichtigen und darf nicht alles über einen Kamm scheren. Aber in einzelnen Volkswirtschaften sind bald wieder Wachstumsraten zu erwarten, die über jenen in der Euro-Zone liegen werden. Der strategische Ansatz war richtig.

Wären Sie selbst im CEE-Raum als Banker investiert – würden Sie es bleiben?

Selbstverständlich. Die Entwicklungsperspektiven dieser Märkte sind aufrecht. Wenn auch nicht im Gleichschritt. Was oft in der öffentlichen Wahrnehmung unterschätzt wird: Dieses Engagement der Ban-

ken hat auch sehr positive Auswirkungen auf die Realwirtschaft, weil es ja den Außenhandel Österreichs mit diesen Ländern beflügelt, was sich für die Exporte stimulierend auswirkt. Das sollten die Banken in der öffentlichen Diskussion zu diesem Thema wesentlich stärker herausstreichen.

Kommt es bald zu einer Kehrtwende in der Zinspolitik, wenn die EZB ihr Zinssenkungspotenzial ohne entsprechende Wachstumsfolgen aufgebraucht hat?

Aus meiner Sicht wird es die ersten Zinssignale in die Gegenrichtung frühestens Ende 2015, eher aber erst 2016 geben. Auch die FED in den USA wird zinspolitisch sehr vorsichtig agieren.

Stichwort USA. Sie kennen die dortigen Rahmenbedingungen für die Finanzwirtschaft sehr gut. Was sind die Gründe dafür, dass die Amerikaner immer schneller aus allfälligen Krisenerscheinungen herauskommen, obwohl sie vorher die Krise – siehe die zu Asset Backed Securities zusammengefassten Hypothekarkredite – exportiert haben?

ABS können durchaus eine gute Sache sein, nur muss man dazu über ein professionelles Risikomanagement verfügen. Das galt damals auch für die US-Hypotheken, die meist von Banken übernommen wurden, welche ein solches Management offensichtlich nicht hatten. Es kann eine gute Sache sein, wenn jetzt die EZB Teile der Kredite den

Banken abnimmt, nur muss die Europäische Zentralbank eben auch die Qualität dieser Assets nach unten hin limitieren. Aber grundsätzlich halte ich die ABS nicht für ein Teufelszeug.

Darüber hinaus gibt es in den USA eine deutlich bessere Financial Literacy in breiten Bevölkerungskreisen, weil dort beispielsweise die finanzpolitische Berichterstattung wesentlich intensiver ist und auch der Durchschnittsbürger viel mehr Interesse an den Finanzmärkten hat. Das hängt unter anderem mit den Pensionsfonds und deren Entwicklung als wichtiger Unternehmensfinanzier zusammen.

Europa diskutiert seit Jahren eine Finanztransaktionssteuer (FTS) ...

... für die es keine wissenschaftlichen Grundlagen gibt. Ich halte davon wenig, denn im Endeffekt läuft das auf eine Börseumsatzsteuer hinaus. Zumal wenn man die Staatsanleihen und die Derivate ausnimmt, wie das die Franzosen fordern. Wenn man diese Steuer nicht wasserdicht rund um den Erdball einführt – was ich für völlig illusorisch halte –, dann führt sie zu einer weiteren Belastung der europäischen Kapitalmärkte, vornehmlich der Aktien.

Das heißt, die Eigenkapitalmärkte und die Eigenkapitalgeber sollen zusätzlich bestraft werden, obwohl die Aktienmärkte bereits jetzt einer Doppelbesteuerung unterliegen. Mit der FTS schießen wir uns ins Knie.

Was wir hingegen dringend brauchen, ist eine neue Eigenkapitalkultur. Weg von der Bestrafung von Eigenkapital und hin zu einer zumindest Gleichbehandlung der Eigenmittel in Relation zum Fremdkapital. Da sind uns die USA weit voraus, weil dort eben die Finanzierung von Unternehmen durch Sparer und Investoren eine völlig andere Bedeutung hat.

Was brauchen die österreichischen Banken in der Zukunft?

Eine regulatorische Politik mit Augenmaß, die den Druck der Regularien auf ein sinnvolles Ausmaß beschränkt. Dazu ist ein vernünftiges Zusammenspiel von Politik und Aufsicht notwendig, in dem die Bedeutung einer gesunden, aber auch leistungsfähigen Kreditwirtschaft außer Streit steht. Die Banken sollten aber auch offen sein gegenüber neuen Finanzierungskanälen, wo sie eine Vermittlerrolle zu anderen Kapitalgebern spielen könnten, um etwa stärker in die Innovationsförderung im Risikobereich einsteigen zu können. Voraussetzung dafür ist, dass Eigenkapital nicht als suspektes Ansammlung von Geld, die es möglichst hoch zu besteuern gilt, sondern als Triebfeder des wirtschaftlichen Fortschritts und somit auch des Wirtschaftswachstums gesehen wird. Die Entdiskriminierung des Eigenkapitals wäre ein Gebot der Stunde.

Das Interview führte Milan Frühbauer

„Nach den Institutionellen jetzt auch die Privaten“

Es gibt auch gute Nachrichten aus der Finanzdienstleistung: Das Fondsgeschäft hat Fahrt aufgenommen, die Zuwachsraten können sich sehen lassen. Die Niedrigzinspolitik bringt Aufschwung für die Kapitalanlagegesellschaften. Heinz Bednar, Präsident der Vereinigung Österreichischer Investmentfondsgesellschaften und Chef der Geschäftsführung der Erste Asset Management/ERSTE-SPARINVEST, ist zuversichtlich. Denn auch im Retail sind Fonds wieder gefragt.

Sparkassenzeitung: Die Wertpapierscheu der Österreicher ist seit der Finanzkrise legendär. Kann man dennoch schon von einer Renaissance im Fondsgeschäft sprechen?

Bednar: Durchaus, wir registrieren von Quartal zu Quartal ein wachsendes Interesse an der Fondsveranlagung. Erst waren es die institutionellen Anleger, die wieder vermehrt eingestiegen sind, mittlerweile belebt sich auch das Privatkundengeschäft spürbar.

Eine Folge der Niedrigzinspolitik, die am Sparbuch zur veritablen negativen Realverzinsung führt?

Nicht nur. Natürlich motiviert das historisch tiefe Zinsniveau, Sparer und Anleger nach einer besseren Performance zu suchen. Aber es werden auch wieder die strukturellen Vorteile des Fondsparens gewürdigt. Dazu zählt vor allem die Risikostreuung. Die gemischten Fonds sind wohl deshalb derzeit im Markt bevorzugt und wir registrieren im Laufe des heurigen Jahres einen Mittelzufluss allein in dieser Kategorie von netto 3 Mrd. Euro.

Die Aktienbörsen haben sich bis zum Spätsommer international gut entwickelt. Hat sich das auf den Absatz von Aktienfonds niedergeschlagen?

Der Absatz von reinen Aktienfonds ist in Österreich weiterhin sehr bescheiden, hier ist noch viel Unsicherheit im Markt, obwohl sich die Performance sehen lassen konnte. Da wirken die Krisenfolgen noch nach.

Da wird wohl auch die mäßige Entwicklung des ATX eine Rolle spielen ...

... wofür es keine fundierten Belege gibt, aber das ist auch mein persönlicher gefühlsmäßiger Eindruck. Die Schwergewichte an der Wiener Börse sind Bankentitel und Unternehmen, die im CEE-Raum stark engagiert sind. Darunter leidet derzeit der ATX, aber das wird sich mittelfristig ändern. Jedenfalls bin ich generell für das Jahr 2015 – was die Fondsbranche betrifft – optimistisch. Wir forcieren daher auch bei der ERSTE-SPARINVEST die gemischten Fonds und unterstreichen die breite Risikostreuung dieses Fondstyps. Es geht grundsätzlich darum, die

zinsbedingte Lethargie der Sparer zu überwinden und Möglichkeiten für eine bessere Verzinsung der Ersparnisse mit einem Zeithorizont von mindestens fünf Jahren aufzuzeigen. Übrigens: In den CEE-Märkten, in denen die Fondsgesellschaft tätig ist, entwickelt sich der Fondsabsatz sehr erfreulich.

In den vergangenen Wochen haben die Freischaltungen der individuellen Pensionskonten bei der gesetzlichen Pensionsversicherung begonnen. Wie sind die ersten Erfahrungen?

Da wir als KAG nicht den unmittelbaren Kundenkontakt im Retail haben, sind in dieser Frage primär die Berater gefordert. Diese haben die Aufgabe, nach optimalen Lösungen zur Schließung der Pensionslücke im Interesse des Kunden zu suchen.

Die Versicherungen haben das zum aktuellen Marketingschwerpunkt erklärt. Können die Fondsgesellschaften da mithalten?

Es geht nicht um ein wettbewerbspolitisches Gegeneinander, sondern um seriöse Beratung für den Einzelfall. Es gibt viele Argumente für den Fonds, es gibt aber auch gute Argumente für Versicherungslösungen. Das muss mit profunder Expertise individuell maßgeschneidert werden. Wir haben es mit der Versicherungswirtschaft und ihren Vertriebspartnern vornehmlich bei der Fondsgebundenen Lebensversicherung zu tun. Die Altersvorsorge ist ein zu ernstes Thema für eine wettbewerbspolitische Polemik zwischen den einzelnen Veranlagungsformen. Das wurde jüngst auch in einer parlamentarischen Enquete von allen Beteiligten betont.

Die Fondsgebundene wurde schon totgesagt. Ist sie dennoch am Leben?

Nun, sie schwächelt, aber sie ist keineswegs vom Tisch. Sie war als Tilgungsträger in der Krisenphase teilweise diskreditiert, aber es kann die fondsgebundene Lebensversicherung für bestimmte Bedürfnisse eine sehr sinnvolle Ergänzung der Gesamtstrategie sein.

Weitgehend totgesagt waren am Ende der Finanzkrise auch die



Heinz Bednar: „Der Markt bevorzugt derzeit Gemischte Fonds.“

Dachfonds. Vor allem wegen Intransparenz und hoher Kosten.

Der Dachfonds bleibt nach wie vor für alle interessant, denn er bietet eine noch breitere Streuung der Veranlagungen. Was die Transparenz betrifft, so hat sich in den vergangenen Jahren viel geändert, der Investor kann tagesaktuell die Struktur und die Performance der Fonds im Internet jederzeit mitverfolgen. Und wir verrechnen bei den Dachfonds selbstverständlich nicht die doppelten Gebühren. Vor allem für institutionelle Anleger spielt der Dachfonds eine wichtige Rolle.

Wie stellen sich die Eckdaten im österreichischen Fondsgeschäft aktuell dar?

Das gesamte Fondsvolumen in Österreich betrug Ende September dieses Jahre etwas mehr als 155 Mrd. Euro. Das ist gegenüber dem Jahresbeginn 2014 ein Zuwachs um 10,3 Mrd. Euro. Ein deutliches Signal für die Marktbelebung. Die ERSTE-SPARINVEST liegt im Vergleich mit dem Wettbewerb der KAG mit einem Marktanteil von 19% an der Spitze. Wir haben die Marktführerschaft in den vergangenen Monaten spürbar ausgebaut. Das Fondsvolumen der Erste Asset Management (www.erste-am.at) beläuft sich insgesamt – also mit den Fondswerten aus den von uns betreuten CEE-Ländern – auf mehr als 52 Mrd. Euro.

Das Interview führte Milan Frühbauer

	Anzahl	30.09.14	in %	30.12.13	in %
ERSTE-SPARINVEST Kapitalanlagegesellschaft	489	29.547.821.429,70	19	29.273.058.518,04	18,84
Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft	538	26.895.812.324,60	17,29	27.331.650.843,11	17,59
Pioneer Investments Austria	331	17.254.272.330,35	11,09	17.372.071.451,31	11,18
Allianz Invest Kapitalanlagegesellschaft	209	13.257.120.227,63	8,52	13.202.619.593,28	8,5
KEPLER-FONDS Kapitalanlagegesellschaft	192	11.117.424.783,98	7,15	11.003.290.635,71	7,08

FONDSVOLUMEN der Top-5 KAG-Volumen in EURO / Marktanteil in % (Quelle: OeKB)

EINBLICK



Milan Frühbauer

Bürokratie-Bremse! Wo sind Bremsspuren?

Kaum ein Politiker verzichtet derzeit im öffentlichen Auftritt auf einen Hinweis zur dringenden Eindämmung der Bürokratie. Entweder er fordert sie lautstark – vor allem im Vorfeld der nahenden Kammerwahlen – oder er betont, in seinem Ressort sei schon sehr viel diesbezüglich geschehen. Die Botschaft hört man wohl, allein es fehlt der Glaube. Zumindest den Unternehmern, Managern und sonstigen Führungskräften im exponierten Sektor der österreichischen Wirtschaft.

Der Management Club (MC), in Person des Vizepräsidenten Günther Ofner, seines Zeichens Vorstandschef des Flughafens Wien, präsentierte vor Kurzem alarmierende Ergebnisse einer diesbezüglichen Umfrage des mc zum Thema Verwaltung und Bürokratie in Österreich. Immerhin 500 Unternehmer und Führungskräfte haben sich beteiligt. Nicht weniger als 80 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass sich die Rahmenbedingungen in den letzten 5 Jahren verschlechtert haben. Die Folgen für die Unternehmen werden als sehr negativ wahrgenommen: Höhere Kosten (87 Prozent), erhöhter Personal- bzw. Ressourceneinsatz und Zeitbedarf (84 Prozent), abnehmende Geschwindigkeit von Verfahren und Genehmigungen (59 Prozent).

Bürokratie ist auch eine Investitionsbremse

Besonders gravierend: 92 Prozent der Antwortenden gaben an, dass geplante Investitionen eher verhindert, eher verzögert und verteuert wurden. Der Verzögerungszeitraum betrage bis zu 3 Jahre, 37% nannten ein blockiertes Investitionsvolumen von mehr als 0,5 Mio. Euro in ihrem Betrieb. Das korreliert durchaus zur aktuellen Investitionsschwäche, vor allem im KMU-Segment.

Nun ist im Bundesdienst in den vergangenen Jahren einiges an Verwaltungsvereinfachung ohne Zweifel gelungen. Doch es sind die Gebietskörperschaften, die Arbeitsinspektorate und Gewerbebehörden, die Sozialversicherungsträger und sonstigen Kontrolleure der Arbeitswelt, die von den Unternehmensleitungen als tagtägliche administrative Belastung und somit als veritable Kostentreiber empfunden werden. Und während eine Kampagne für eine Lohnsteuerreform durch das Land zieht, bleibt das Thema Lohnnebenkosten vorerst ein Minderheitsprogramm für Unternehmerkongresse und Programme von Interessenvertretungen der Arbeitgeber.

Lohnnebenkostenenkung: Warten auf Godot?

Aber Bürokratie und die überbordenden Lohnnebenkosten – sie setzen ja bekanntlich viel früher an als die Steuerpflicht – sind massive Barrieren beim Durchbruch zu einem einigermaßen offensiven Investitionsklima in Österreich.

Die Lohnnebenkosten, die im Falle einer Senkung des Steuertarifs naturgemäß gleich blieben, sind mittlerweile eine Bürde, die den Arbeitsmarkt bereits nachhaltig belastet. Ein kurzes Gespräch mit einem Wirt, der seine Küche umbaut, oder mit einem Betreiber einer Kleiderreinigung, der eine neue Kesselanlage braucht, macht da im Alltag schon recht sicher. Auch ein Smalltalk mit Personalverantwortlichen in Mittelbetrieben kann da wertvolle Einblicke in das Zustandekommen der im Monatsabstand unerfreulicher werdenden Arbeitsmarktdaten bieten.

Mag sein, dass da und dort Bürokratie bereist abgebaut wird. Die „gefühlte“ Administrationsbelastung der Unternehmer hat das jedenfalls noch nicht erreicht. Viele suchen noch die Bremsspuren.

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Bluatschink in der Sparkasse Schwaz

Für das heurige Weltpartagskonzert konnte die Sparkasse Schwaz die Tiroler Band „Bluatschink“ engagieren. Bluatschink-Chef Toni Knittel verstand es, das Publikum einzubinden. Mit seinen Geschichten gelang es ihm, Kinder samt Anhang in Bewegung zu halten und zum Mitsingen und Mittanzen zu motivieren.



Sylvia Hauser (Sparkasse Schwaz), Regina Hamberger, (EKIZ), Toni Knittel und Verena Hellweger (Sparkasse Schwaz) mit Kindern aus dem Publikum

Sicheres Online-Shopping

Erste Bank und Sparkassen setzen auf neue Sicherheitsstandards beim Bezahlen im Internet: Durch eine Sicherheitsnachricht und einen Einmalcode per SMS (TAC) wird die Zahlung mittels Visa und Co. bestätigt. Missbrauch ist somit ausgeschlossen. Wer keine Kreditkarte besitzt, kann Einkäufe im Internet zukünftig mit der Bankomatkarte erledigen – vorausgesetzt der Händler bietet dieses Zahlungsverfahren namens „Maestro SecureCode“ an. Alle neu ausgegebenen Bankomatkarten von Erste Bank und Sparkassen können ab sofort für das Bezahlen im Internet verwendet werden. Das bedeutet, dass auf der Rückseite der Bankomatkarte eine dreistellige Prüfziffer (CVC2) sowie eine 19-stellige Kartennummer aufgedruckt sind, die das Online-Shopping auch mit dieser BankCard ermöglichen. Die Bezahlung im Internet funktioniert somit ähnlich wie mit einer Kreditkarte.

Vom Defizitbetrieb zum Erfolgsunternehmen

Im Rahmen von „Wirtschaft trifft Wirtschaft“ der Sparkasse Feldkirch fand auf Schloss Amberg ein Treffen mit dem aus Vorarlberg stammenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Berndorf AG, Norbert Zimmermann, statt. Er berichtete über den erfolgreichen Wandel vom verstaatlichten Defizitbetrieb zum privaten Erfolgsunternehmen mit sozialer Verantwortung.



Hannes Fehr (Sparkasse Feldkirch), Armin Bell, Norbert Zimmermann (Berndorf AG) und VDir. Anton Steinberger (Sparkasse Feldkirch)

Die Scheu vor dem Kapitalmarkt überwinden

Die anhaltende Niedrigzinspolitik in Europa wird zum Problem für den langfristigen Vermögensaufbau. Experten der Allianz Invest haben die Märkte analysiert: Es hilft nur laufendes Ansparen und mehr Mut zu europäischen Aktien. Die Scheu vor den Kapitalmärkten kostet viel an Performance.

„Wer Zaungast des Kapitalmarktes ist, verliert Geld“, betont Martin Bruckner, Chief Investment Officer der Allianz-Gruppe in Österreich. „Wenn der Anleger sein Geld hierzulande nur aufs Sparbuch legt, verliert er derzeit pro Jahr in Österreich etwa 2% an Kaufkraft. Und wer zu lange wartet und nicht langfristig breit gestreut in den Kapitalmarkt investiert, hat das Risiko, die besten Tage – und damit auch Renditechancen – zu verpassen“, so die Expertise, die plastisch untermauert wird.

Denn: Wer vor den Aktienmärkten zurückschreckt und mit Investments in den Aktienmarkt zaudert, sollte einen Blick auf die durchschnittliche Rendite verschiedener Aktienindizes der letzten 25 Jahre werfen: War ein Anleger in diesem Zeitraum in den weltweiten Index MSCI World investiert, so konnte er sich im Durchschnitt über eine Rendite von 10,13% pro Jahr freuen. Verpasste dieser Anleger nur die besten zwanzig Tage, so liegt diese Rendite bei lediglich 2,02% pro Jahr, wie eine aktuelle Berechnung von Allianz Global Investors zeigt. Ganz düster wird es, wenn man die besten vierzig Tage verpasst hat – hierbei wird die Rendite sogar negativ (-0,29% pro Jahr). Ähnliche Tendenzen gibt es beim DAX sowie S&P-Index. Derzeit besteht bei vielen Anlegern die Sorge, dass steigende Bondrenditen die Aktienrenditen schmälern könnten. Eine langfristige historische Betrachtung zeigt, dass ansteigende Bondrenditen – speziell von einem niedrigen Niveau aus – positiv für die Aktienentwicklung sind.

„Die globale Aktienbewertung zeigt derzeit keine Übertreibung“, unterstreicht Christian Ramberger,



Martin Bruckner, Allianz: „Wer Zaungast der Kapitalmärkte bleibt, der verliert Geld.“

Geschäftsführer der Allianz Invest KAG. Wirtschaftswachstum, expansive Geldpolitik und relative Bewertungen sprechen unverändert für Aktien.

Nur die US-Wirtschaft als Wachstumslokomotive

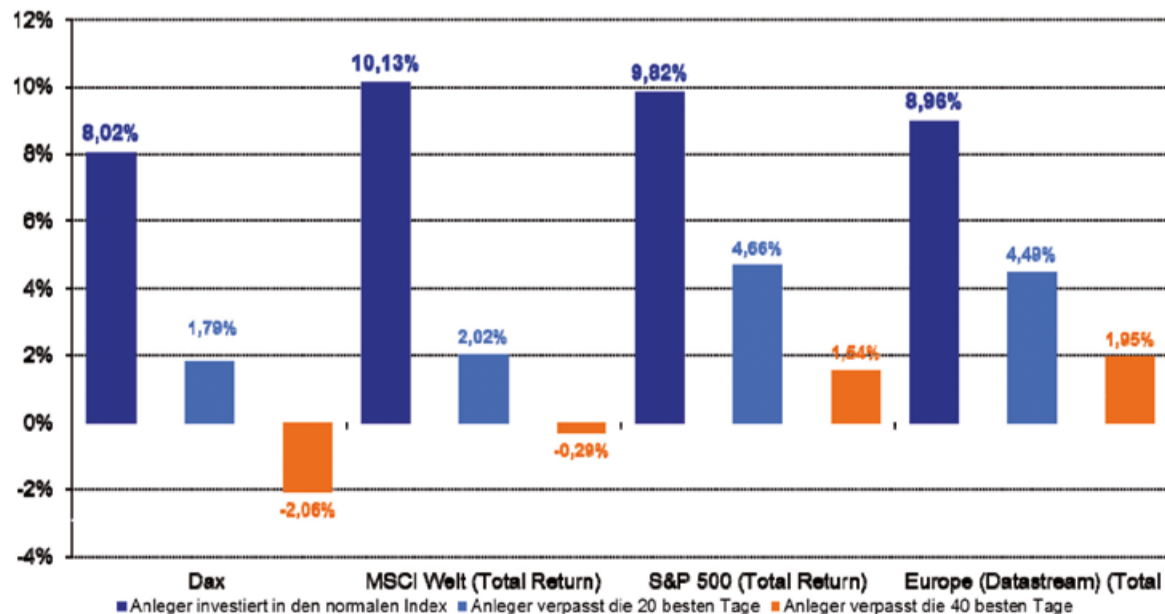
Wirft man einen Blick auf volkswirtschaftliche Indikatoren, so hat sich das globale Wachstum über den Sommer weiter abgeschwächt und dürfte für das Gesamtjahr nur marginal höher als 2013 liegen. Aktuell erscheint nur die US-Wirtschaft als Wachstumslokomotive: Der Einkaufsmanagerindex im verarbeitenden Gewerbe ist auf das höchste Niveau seit dem Frühjahr 2011 gestiegen, die Arbeitslosenquote liegt nicht mehr weit über dem Normalwert von 5,5%. Die Erholung der Eurozone hingegen verläuft schleppend, weil Frankreich stagniert und sich auch Deutschland zuletzt deutlich abgeschwächt hat. Auch in den Schwell-

lenländern zeigen die Konjunkturindikatoren weiter nach unten: Brasilien, China und Russland wachsen schwächer als zu Jahresbeginn prognostiziert.

„Im derzeitigen Umfeld raten wir den Anlegern, Aktien gegenüber Anleihen leicht überzugewichten“, betont Bruckner. Niedrige Schwankungen und Risikoaufschläge an den Kapitalmärkten sowie geopolitische Bedrohungen sprächen für eine defensivere Portfolioausrichtung innerhalb der Assetklassen. Auf der Aktienseite empfiehlt die Allianz, Europa über- und Emerging Markets unterzugewichten sowie Japan und die USA neutral zu halten. Für europäische Aktien sprechen die jüngste Abschwächung des Euro gegenüber dem US-Dollar, was sich auf die Gewinnentwicklung positiv auswirken sollte. Die US-Märkte sind relativ gesehen nicht mehr günstig bewertet, die Gewinne der US-Unternehmen laufen aber weiterhin gut.

In Japan hat die Umsatzsteuererhöhung die wirtschaftliche Entwicklung stark in Mitleidenschaft gezogen, in den Emerging Markets verlangsamt sich das Wachstum, die private Verschuldung hat stark zugelegt. Auf der Anleiheenseite empfiehlt die Allianz, Unternehmensanleihen gegenüber Staatsanleihen weiterhin zu bevorzugen. Gerade in Zeiten, in denen vermehrt Unsicherheiten geortet werden, gelte es einen kühlen Kopf zu bewahren und langfristig zu investieren: „Der beste Schutz gegen unvorhersehbare Ereignisse ist Diversifikation – und der beste Schutz, die besten Tage nicht zu verpassen, liegt darin, investiert zu sein“, so die Kapitalmarktbeobachter.

-üh-



Langfristig investieren geht vor spekulieren

Jeder Zweite tut nichts für die Altersvorsorge

Für das Sparen werden in Österreich durchschnittlich 188 Euro monatlich vom Einkommen abgezwickelt. 87% der Österreicherinnen und Österreicher legen Geld für den Notgroschen zur Seite, und nur sehr bescheidene 45% sparen für die Altersvorsorge. Drei Viertel fürchten sich jedoch davor, dass sich Sparen wegen der niedrigen Zinsen nicht mehr auszahlt. Das ergibt die jüngste Sparstudie der Erste Bank und Sparkassen.

Rund drei Viertel der Österreicherinnen und Österreicher befürchten, dass sich Sparen angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen – niedrige Zinsen und sinkende Reallöhne – kaum noch auszahlt. Allerdings machen sich erst 35% Gedanken über alternative Veranlagungen, während 20% auch darauf verzichten und ihr Geld gleich ausgeben. Alternativen werden immer noch in immer risikoreicheren Veranlagungen gesucht. Die Renaissance des Wertpapiersparens zieht nur höchst zaghaft durch das Land. „Die Zeiten des Sparbuches als Killer-App sind vorbei“, stellt Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank Oester-

Zinserhöhungen. Die Europäische Zentralbank (EZB) werde ihre kurzfristigen Zinsen noch lange tief lassen. Die österreichischen Sparer werden sich deshalb noch intensiver mit den Themen Vorsorge und Veranlagungen auseinandersetzen müssen. Laut der vom Marktforschungsinstitut IMAS für die Erste Bank und Sparkassen erhobenen Daten stehen den Österreicherinnen und Österreichern heuer im Durchschnitt monatlich 188 Euro für Sparzwecke zur Verfügung. Die Sparquote – in Prozent des Einkommens – ist mittlerweile von mehr als 11% im Jahr 2007 auf aktuell deutlich weniger als 7% zurückgegangen.

re Alternativen: Aktien, Anleihen und Fonds findet jeder fünfte der Befragten positiv, 4 von 10 stehen dieser Art der Geldanlage neutral gegenüber. Langfristige Geldanlage macht beispielsweise in Form einer gemanagten Vermögensverwaltung Sinn: YOU INVEST. Das Gesamtvolumen dieses Mischfonds ist seit November 2013 bereits auf über 410 Mio. Euro angewachsen. Die Wertentwicklung bei YOU INVEST Balanced (mittleres Risiko) liegt bei 4,07% jährlich. Der Fonds ist in drei unterschiedlichen Risikostufen auswählbar, und Anleger bekommen laufend einfach verständliche Reportings, um die Entscheidungen nachvollziehen zu können. Auf www.youinvest.at kann man sich die Veranlagung selbst konfigurieren und mit den Fondsmanagern auch direkt in Kontakt treten. -üh-

„Mit dem Sparbuch ist Sparen nicht erledigt.“

reich, unmissverständlich klar. Das Sparbuch sei nur mehr als „Notgroschen“ zur finanziellen Absicherung von besonderer Bedeutung, führte Bosek aus. Ein Produkt für alle Sparzwecke bzw. Risikovorsorgen gebe es nicht mehr, weshalb die Beratung wichtiger denn je sei. Bereits für geringe Renditeverbesserungen müssten derzeit wesentlich höhere Risiken eingegangen werden. Bosek geht nicht davon aus, dass sich dies in naher Zukunft ändern wird, und erwartet keine raschen

Alternativen zum Sparbuch

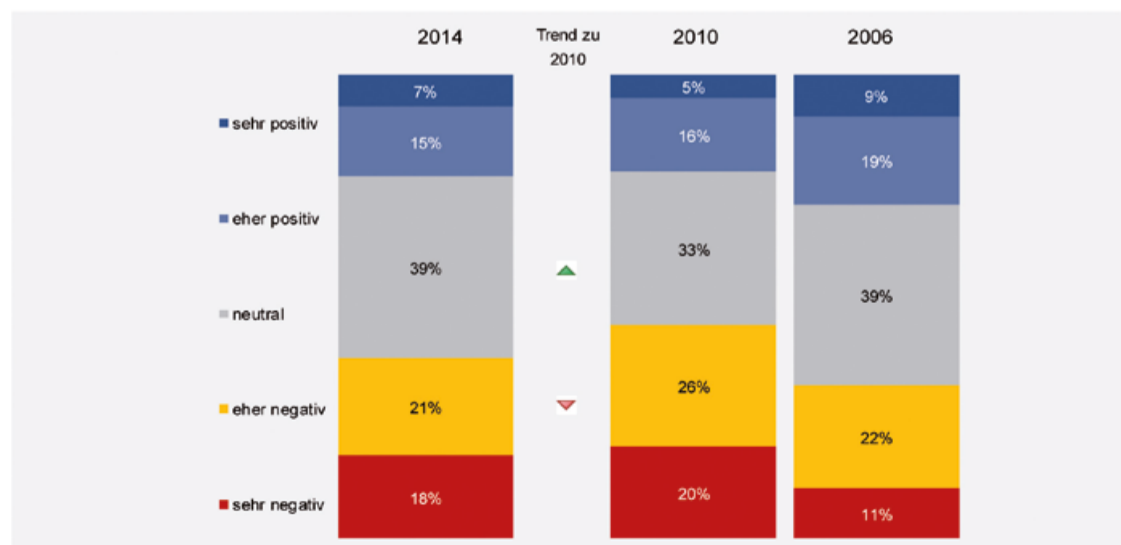
35% der Befragten suchen bereits nach Alternativen für das Sparbuch, und jeder Vierte hat sich auch schon Alternativen überlegt, mit denen er den Wertverlusten gegensteuern will. Am beliebtesten sind dabei Wertpapiere, Aktien, Fonds und Anleihen sowie Immobilien mit jeweils 26% der Nennungen. Mit Abstand folgen Gold und Edelmetalle (9%). Lebensversicherungen kommen auf 4% und Pensionsvorsorge auf 2%.

All jene, die sich schon damit beschäftigt haben ihr Geld anderweitig anzulegen, brauchen jetzt intensive Beratung. Man müsse sich vom Gedanken verabschieden, das Thema Sparen wäre damit erledigt, dass man Geld auf das Sparbuch legt, so Bosek. Jetzt gehe es um brauchba-

Zur Umfrage

Erste Bank und Sparkassen beauftragten das Marktforschungsinstitut IMAS International für eine telefonische Befragung zum Thema Sparen. 900 Personen wurden befragt, ob, wie viel und warum sie sparen, ob sie damit zufrieden sind, welche wirtschaftlichen Sorgen sie haben, was sie über die zukünftigen Zinsen denken, wie sie ihr Geld aktuell anlegen und ob sie nach Alternativen suchen.

Das Thema Geldanlagen in Form von Aktien, Anleihen, Fonds usw. sieht nur rund ein Fünftel der ÖsterreicherInnen momentan positiv. Rund 40% sind „neutral“ und ebenso viele haben eine negative Einstellung. Die letzte Gruppe ist zwar gegenüber 2010 geschrumpft aber immer noch etwas größer als 2006.



Erste Bank / IMAS/ Sparen

Basis: Bevölkerung 15+, n=900

Frage: „Wie stehen Sie dem Thema Geldanlagen in Form von Aktien, Anleihen, Fonds usw. grundsätzlich gegenüber? Würden Sie sagen –“



Die Einstellung zu Geldanlagen polarisiert



AUSBLICK

Christine Domforth

Budgetloch statt Schlagloch

Düstere Stimmung herrscht in der Eurozone, die Wirtschaftsprognosen werden überall nach unten korrigiert. Sogar der Konjunktur-Lokomotive Deutschland geht die Puste aus, Frankreich und Italien drohen erneut in die Rezession abzugleiten. Doch findige Köpfe glauben bereits ein Patentrezept gegen die Krise gefunden zu haben. Die Länder sollen kräftig in die Infrastruktur investieren, notfalls auch auf Pump. So fordert etwa Frankreich, das mit den von Brüssel vorgegebenen Defizitgrenzen schon seit Jahren auf Kriegsfuß steht, Infrastrukturinvestitionen künftig aus dem Stabilitätspakt herauszurechnen. Investitionen von heute seien schließlich das Wachstum von morgen, so die Begründung. Und zu investieren gäbe es europaweit genug, sei es in die Reparatur oder den Ausbau von Straßen, Autobahnen, Bahnstrecken, Stromtrassen oder in leistungsfähige moderne Datennetze, ohne die man im internationalen Wettbewerb von morgen keine Chance mehr haben wird. All diese Ausgaben sollen künftig bei der Defizitgrenze außer Acht gelassen werden, so die Vorstellung. Kaputte Straßen zu sanieren wäre demnach wichtiger als die Einhaltung von Budgetzielen.

Was ist Infrastruktur?

Was als Schlagwort gut klingt, ist bei näherer Betrachtung durchaus problematisch. Das fängt schon beim Begriff Infrastruktur an. Natürlich ist Bildung eine wichtige Investition in die Zukunft. Aber sind deshalb die Mieten für Schulgebäude, die unsere Bildungsministerin gerade nicht zahlen kann, eine Infrastrukturinvestition? Eine ordentliche Infrastruktur bereitzustellen, gehört nun einmal zu den Kernaufgaben eines modernen Staates. Dafür kassiert er von seinen Bürgern ja auch Steuern

– und das zumindest in Österreich nicht zu knapp. Natürlich können Großprojekte, von denen noch kommende Generationen profitieren werden, nicht nur aus dem Etat eines Jahres finanziert werden. Doch fast alle Staaten haben inzwischen enorme Schuldenberge angehäuft, für welche Jahr für Jahr Zinsen zu berappen sind. Jetzt alle Defizitgrenzen zu vergessen und auf Teufel komm raus neue Schulden zu machen, wäre selbst dann unverantwortlich, würde man damit nur vernünftige Investitionen finanzieren. Noch schlimmer ist es, wenn das geborgte Geld in (Prestige-) Projekte fließt, die sich nie und nimmer rechnen werden. Der Koralmtunnel ist hier nur ein, wenngleich extrem teures Beispiel.

PPP-Modelle forcieren

Um trotz klammer Staatsfinanzen die Infrastruktur in Schuss zu halten, ist Kreativität gefragt. Man kann entweder bei den Ausgaben entschichten oder man zieht für große Investitionsprojekte auch privates Kapital heran. Warum sollen sich beispielsweise Versicherungen und Pensionskassen, die wegen der Niedrigzinsphase unter einem gravierenden Veranlagungsnotstand leiden, nicht an der Finanzierung von Autobahnen oder Breitbandnetzen beteiligen? Solche PPP-Modelle wären weit besser als durchsichtige Budgettricksereien. Nicht getrickt werden sollte auch mit dem Eurorettungsschirm ESM. Findige Eurokraten in Brüssel wollen ihn jetzt anzapfen, um damit eine Investitionsoffensive zu finanzieren. Eine solche Zweckentfremdung – der ESM soll Krisenländern helfen und das Vertrauen in die Eurozone stärken – wäre ein Spiel mit dem Feuer. Denn dass die Eurokrise endgültig vorüber ist, glaubt wohl niemand ...

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

NÖ Sparkassen: Regelwerke gefährden Geschäftsmodell

Es ist eine Grundsäule der Sparkassenidee, den Menschen in der Region zu helfen. Die Sparkassen sind nicht nur dem einzelnen Kunden, sondern auch der Gesamtgesellschaft gegenüber verpflichtet. Der erwirtschaftete Ertrag fließt teilweise wieder an die Bürger der Region zurück. Ausufernde Regelwerke bedrohen diese Verantwortungsübernahme.

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde eine Reihe von Maßnahmen wie Basel III, neue Beiträge zu Abwicklungs- und Einlagensicherungsfonds im Rahmen der Europäischen Bankenunion sowie spezielle Bankensteuern eingeführt, welche die Stabilität des Bankensektors massiv belasten. Verschiedene Studien belegen bereits, dass strengere Kapitalvorschriften und vor allem regulativ-administrative Belastungen negativ auf die Kreditvergabe der Banken wirken. Kundenbanken werden - nachdem sie alle Kosten der Regulierungsflut abgedeckt haben - in ihrem Kerngeschäft, der Kreditvergabe an Unternehmen, massiv eingeschränkt werden.

Franz Pruckner, Obmann des Landesverbandes der Niederösterreichischen Sparkassen:

„Die anstehenden Belastungen reduzieren die Fähigkeit der Sparkassen, ausreichenden Gewinn zur Kapitalbildung und Kostendeckung zu generieren. Das Geschäftsmodell der Sparkassen, nämlich die Finanzierung der örtlichen KMU-Struktur, ist nicht nur beeinträchtigt, sondern auf lange Sicht massiv gefährdet.“

Diese Entwicklungen stelle somit eine reale Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Österreich dar. Die dezentralen Retailbanken, wie etwa die Sparkassen, sind das Rückgrat der Realwirtschaft, sie sind in den Regionen verankert und kennen die individuellen Bedürfnisse ihrer Kunden bzw. Regionen.

Die Niederösterreichischen Sparkassen nehmen aber auch ihre Ge-



Franz Pruckner, Obmann des Landesverbandes der Niederösterreichischen Sparkassen, mit Christian Keuschnigg, bis vor Kurzem Direktor des Instituts für Höhere Studien (IHS).

meinwohlaufgabe sehr ernst. Im vergangenen Jahr haben sie mehr als 3,9 Mio. Euro aus den Unternehmensgewinnen in Form von Förderungen den Regionen wieder

zur Verfügung gestellt. Vor Kurzem wurden von den NÖ Sparkassen neun Projekte vorgestellt, welche im letzten Jahr mit Unterstützung der Sparkassen im Lande unter der

Enns realisiert werden konnten. Die bedeutendsten Unterstützungen von Seiten des NÖ Landesverbandes betreffen im Sozialbereich die Kooperation mit dem Hospiz Niederösterreich, im Sport steht das Laufen mit dem WACHAUmarathon an vorderster Stelle.

Die angesprochene Reduktion der Gewinne führt aber nicht nur zu einer Verringerung der Kreditvergabe, auch die Gemeinwohlfinanzierung, eine wesentliche Verantwortung und besondere Aufgabe der Sparkassen, wird nachhaltig gefährdet. „Wir fordern daher als ersten Schritt eine Reduktion der Belastungen durch Umwidmung der aktuellen Bankenabgabe zur Dotierung von Abwicklungs- und Einlagensicherungsfonds“, appelliert Franz Pruckner an die Politik.

Zertifizierter Finanzierungsdienstleister

Die „s ASG Sparkassen Abwicklungs- und Servicegesellschaft m.b.H.“ ist ein Konzernunternehmen der Steiermärkischen Sparkasse und wurde 2010 gegründet. Seither unterstützt sie ihre Kunden (Steirische Sparkassen, Bankhaus Krentschker, IMMORANT Süd) im Bereich Finanzierungsabwicklung.

Durch aktives Prozessmanagement versucht die s ASG die Prozesskosten laufend zu reduzieren und neben dem Standardgeschäft auch individuelle, komplexe Aufgaben für ihre Kunden zu übernehmen. In den fast 5 Jahren ihres Bestehens konnte das Unternehmen die Abwicklungskosten um mehr als 1 Mio. Euro senken. Dabei wurde stets darauf geachtet, den Qualitätsgrad in der Bearbeitung hoch zu halten. Um diesen Qualitätslevel weiter zu heben, wurde die s ASG im Som-

mer 2014 von der (vom Bundesministerium für Wirtschaft) akkreditierten Zertifizierungsgesellschaft SystemCERT in den Systemen

- Qualitätsmanagement nach ISO 9001
- Sicherheits- und Gesundheitsmanagement nach AUVA

auditiert und zertifiziert. Die s ASG ist somit der erste nach diesen Regelwerken zertifizierte Finanzierungsdienstleister Österreichs.



Die Führungsebene der s ASG: Christian Wolf, Simone Lauk, Robert Eitljörg-Scholz und Robert Wagner

Beim Öffnen des Pensionskontos

Unter dem Stichwort „Pensionslücke“ läuft derzeit eine Kampagne der Sparkassen, die auf die seit einigen Monaten bestehende Möglichkeit abzielt, in das individuelle Pensionskonto bei der PVA Einblick nehmen zu können. Doch wie sind die Reaktionen der Betroffenen auf die „Erstgutschrift“ im Umlageverfahren? Die Sparkassenzeitung sprach darüber mit einer Beraterin, die unmittelbar involviert ist.

„Als Folge der laufenden Werbemaßnahmen zum Thema Pensionskonto kommen viele Kunden aktiv in unsere Filiale, um nähere Informationen darüber zu erhalten“, unterstreicht Daniela Korcak, zertifizierte Kundebetreuerin (BAK) in der Sparkasse Mistelbach. Im Zuge der Freischaltung der Handysignatur, die von den Kunden gut angenommen wurde, frage man gemeinsam das Pensionskonto ab. Und wie reagieren die Betroffenen auf den Stand der Dinge? „Die Reaktionen sind gemischt, da die Daten ja einen Ist-Stand zeigen und die Kunden weitere Einzahlungen

nun ein Gefühl was das Wort Pensionslücke für sie ganz persönlich bedeutet.“

Interessant auch die Frage nach dem Alter jener, die sich zu einer Einschau in das Konto entschließen.

„Aus der Erfahrung meiner Beratungen kann ich sagen, der Altersdurchschnitt liegt bei rund 30 Jahren“, meint die Kundebetreuerin aus der Bezirkshauptstadt des Weinviertels.

Im Zuge des Finanzcheck-Gesprächs werde in der Folge gemeinsam mit dem Kunden auch seine individuelle zu erwartende Pensionslücke beim Übergang in

„Der Vorsorge-rechner berechnet Lückenschluss“

die Pension mit Hilfe des Vorsorge-Rechners berechnet. „Damit kann man schnell zeigen, welchen Betrag der Interessent jetzt schon ansparen sollte, um in der Pension

mit geringeren Beträgen gegen die Pensionslücke zu wehren beginnen. „Jedenfalls bekommen die Kunden mit diesem Einblick in die bisher erworbenen Pensionsansprüche

beim Lebensstandard möglichst keine Abstriche machen zu müssen“, betont Korcak, die schon einiges an Beratungserfahrung sammeln konnte.



Daniela Korcak: „Im Durchschnitt sind die Kontointeressierten rund 30 Jahre alt.“

Für welche Instrumente der Eigenvorsorge entscheiden sich dann die Kunden?

„Aus unserer Beratungssicht werden grundsätzlich alle Möglichkeiten in Betracht gezogen und dem Kunden aufgezeigt. Die meisten tendieren meiner bisherigen Erfahrung nach derzeit zur staatlich geförderten Zukunftsvorsorge, da das Thema Sicherheit immer wichtiger für die Kunden wird.“ Je nach Kundenbedürfnis werden natürlich aber auch klassische Lebensversicherungen, Fondsparpläne oder eine Kombination aus diversen Instrumenten abgeschlossen. -üh-

EU sorgt sich um KMU-Finanzierung

Mehr Kredite für KMU und mehr Garantien für Institute! So lautet die Kurzformel für eine verbesserte Finanzierungsbasis im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe. „Access to finance“ ist Schwerpunkt der neuen KMU-Strategie der EU.

Roland L. Tassler, Sparkassenverband, EU-Büro Brüssel

Nach Ansicht der Europäischen Kommission haben Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) nach wie vor Schwierigkeiten bei der Finanzierung. Ihr Bestreben, deren Zugang zu Kapital zu verbessern, zieht sich wie ein roter Faden durch laufende und angedachte Aktionspläne. Die Bemühungen der Kommission haben zwei unterschiedliche Stoßrichtungen: Einerseits will sie die Rolle der Sparkassen und anderer Kreditinstitute schmälern und die Finanzierung der KMU über Kapitalmärkte forcieren. In diese Richtung zielen ihr Aktionsplan zur langfristigen Finanzierung der europäischen Wirtschaft und die, bisher nur als Überschrift vorhandene, Kapitalmarktunion.

Andererseits weiß auch die Kommission, dass das kontinentaleuropäische Wirtschaftsmodell ein kreditfinanziertes ist. Um die Kreditfinanzierung anzukurbeln, schlägt die Kommission Maßnahmen vor, die fixer Bestandteil ihrer neuen „KMU-Akte“, dem Small Business Act, für die Jahre 2015 bis 2020 werden sollen. Diese KMU-Akte ist die politische Strategie der Kommission, um das Innovations- und Wachstumspotenzial der KMU besser zu nutzen. Die Wettbewerbs-



Ausreichende KMU-Finanzierung soll das Wachstum in Europa wieder in Schwung bringen.

fähigkeit der Union als ganzes soll dadurch gesteigert werden.

Kern dieser neuen Strategie ist es, jene Finanzierungsinstrumente zu mobilisieren, die im neuen mehrjährigen Finanzrahmen der Union vorgesehen sind. COSME, das Programm für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und KMU, soll ab Ende 2014 1,3 Mrd. Euro für KMU etwa in Form von Darlehensgarantien zur Verfügung stellen. Die Kommission erhofft sich dadurch eine Hebelwirkung von mehr als 25 Mrd. Euro. Da diese Mittel vom Europäischen Investi-

tionsfonds (EIF) verwaltet werden, haben sich Kreditinstitute, die als Intermediär agieren wollen, beim EIF zu bewerben.

Nach einer gründlichen Sorgfaltsprüfung wird der EIF jene Finanzmittler auswählen, die den KMU die neuen Mittel zur Verfügung stellen können.

Der EIF hat die Aufforderung zur Interessensbekundung im August dieses Jahres veröffentlicht. Interessierte Finanzinstitute finden die Ausschreibung für die Garantiefazilität unter www.eif.org.

Vorstandswechsel in der Erste Group

Der Aufsichtsrat hat einer strategischen Repositionierung der Erste Group und damit zusammenhängenden Personalentscheidungen zugestimmt. Während für das Retailgeschäft eine Gruppenfunktion in der Holding eingerichtet wird, soll das Firmenkundengeschäft stärker in die lokale Verantwortung übertragen werden. Damit sind mit Jahreswechsel auch Personalentscheidungen verbunden: Peter Bosek, derzeit Vorstandsmitglied der Erste Bank Österreich, wird in der neu eingerichteten Funktion als Retailvorstand der Erste Group neben dem österreichischen auch das gruppenweite Retailgeschäft verantworten.

Jozef Síkela, Vorstandsvorsitzender der slowakischen Tochter Slovenská sporiteľňa, übernimmt von Franz Hochstrasser, der aus dem Vorstand ausscheidet, den Bereich Corporates & Markets in der Erste Group. Herbert Juránek, als Vorstandsmitglied der Erste Group zuständig für Organisation & IT, scheidet ebenfalls per Ende 2014 aus dem Vorstand aus. Er war für die Planung und Umsetzung der gerade entstehenden neuen Firmenzentrale Erste Campus verantwortlich

und wird als Berater für den Erste Campus bis zum Ende 2015 zur Seite stehen. Über seine Nachfolge wird in den nächsten Wochen entschieden werden.

Neben der Stärkung des Retailgeschäfts auf Holding-Ebene wird das KMU-Geschäft stärker in die Verantwortung der lokalen Banken übertragen. Diese Umsetzung wird Jozef Síkela leiten, der Franz Hochstrasser in dessen Vorstandsfunktion nachfolgt. Das Großkundengeschäft wird unverändert von der Holding verantwortet.



Peter Bosek wird Mitglied des Holding-Vorstands

Hochstrasser wird mit Jahreswechsel aus dem Vorstand ausscheiden. Als Berater wird er bis zum Jahresende 2015 weiterhin zur Verfügung stehen. Im Zusammenhang mit der Doppelfunktion von Peter Bosek wird der Vorstand der Erste Bank Österreich um ein Mitglied erweitert.

Thomas Uher wird mit Jahreswechsel Vorstandsvorsitzender der Erste Bank Österreich und übernimmt von Bosek das Firmenkundengeschäft. Uhers Vorstandsagenden für Finanz und Risiko gehen an Claudia Höller über, die bisher in der Holding für den Bereich Strategie und Controlling verantwortlich war. -red-

Global Pension Index zeigt beachtlichen Reformbedarf auf

Das Pensionssystem in Österreich belegt im Vergleich von 25 ausgesuchten Altersversorgungssystemen weltweit den 17. Platz. Dänemark ist erneut Spitzenreiter, Neueinsteiger Finnland erreicht Platz 4. Es gibt hierzulande Handlungsbedarf.

Die Studie „Mercer Global Pension Index 2014“ untersucht und bewertet die Altersversorgung verschiedener Länder hinsichtlich ihrer Angemessenheit, Nachhaltigkeit und Integrität. Dabei wurden neben den staatlichen Pensionssystemen und der betrieblichen Altersversorgung auch private Anlagen und Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt. Gründe für das gute Abschneiden Dänemarks (82,4 von 100 möglichen Punkten) sind vor allem die solide Finanzierung und gute Versorgung auf Basis eines hohen Vermögens- und Beitragsniveaus. Ein weiterer Vorteil ist ein gut reguliertes privates Vorsorgesystem.

Österreich erstmals bewertet

Aufgrund einer Zusammenarbeit mit Agenda Austria wurde erstmals das österreichische Pensionssystem bewertet. Mit 52,8 Punkten liegt Österreich im unteren Drittel des Rankings.

Insbesondere im Bereich Nachhaltigkeit zeigt sich großes Verbesserungspotenzial – mit nur 18,9 Punkten hat Österreich hier die zweitschlechteste Bewertung im gesamten Index erhalten, nur Italien kann noch weniger Punkte vorweisen. Dies bedeutet, dass die künftige Finanzierung des Pensionssystems auf schwachen Beinen steht.

Reformziele

Reformen sind daher dringend notwendig und sollten vor allem auf die folgenden Ziele ausgerichtet sein:

- Ermöglichung eines flexiblen Übergangs in den Ruhestand
- Erhöhung der Erwerbsquote älterer Arbeitnehmer
- Sicherung der Pensionsansprüche beider Partner im Falle einer Scheidung

„Nicht nur das gesetzliche Pensionssystem muss reformiert werden, auch die betriebliche Altersvorsorge muss dringend stärker gefördert werden“, so Josef Papousek, Geschäftsführer von Mercer in Österreich. „Im internationalen Vergleich

„Erwerbsquote der Älteren muss steigen“

bieten in Österreich immer noch relativ wenige Unternehmen eine betriebliche Altersversorgung für ihre Mitarbeiter an, im Bereich Pensionskassenlösungen etwa aktuell nur 22% der Unternehmen. Im Segment der KMU sind es Schätzungen zufolge noch viel weniger. Wir benötigen endlich eine attraktive Unterstützung für die Unternehmen – zum Beispiel durch steuerliche Anreize,

um diese wichtige Säule der Altersversorgung zu stärken.“

Schellhorn: Automatische Anpassung an Lebenserwartung

Franz Schellhorn, Direktor der Agenda Austria, ergänzt: „Die Ergebnisse und Empfehlungen der Studie legen nahe, dass im österreichischen Pensionssystem die Pensionshöhe nach schwedischem Vorbild automatisch an die aktuelle Lebenserwartung angepasst werden sollte. Der erstmalige internationale Vergleich im Mercer-Ranking ist ein weiterer klarer Beleg dafür, wie groß der Reformbedarf hierzulande ist.“ -üh-

Ideen ins Rollen bringen und Projekte starten

Wie begleitet man Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg zum engagierten Bürger, der sich aktiv am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben beteiligt? Wie können das notwendige Selbstvertrauen, das eigene Wissen und die Möglichkeit – finanzielle – Entscheidungen zu treffen gestärkt werden? Finanzielle Bildung (financial literacy) und Entrepreneurship Education setzen genau hier an. Die folgenden thematischen Zugänge richten sich an unterschiedliche Zielgruppen und sind fachdidaktisch vielfältig.

Johannes Lindner und Gerald Fröhlich

Lewi (Leben und Wirtschaften) Workshops

Nach der Aktion „20 Euro auf der Spur“ liegt der zweite Workshop „Ideen ins Rollen bringen“ samt dazugehörigem Kinderbuch vor: Julia geht mit ihrer Oma in die Stadt und kauft mit ihrem gesparten Taschengeld Kekse ein. Sie ist begeistert von dem Geschmack und der tollen Form. Gemeinsam mit Lewi untersucht sie die Kekse und erforscht alle Zutaten. Anhand dieser Geschichte werden sowohl die internationale Arbeitsteilung als auch die Produktionsfaktoren altersgerecht für den Einsatz an Volksschulen erläutert.

Sparefroh-TV & Unterrichtsmaterialien

Sparefroh TV ist bereits ein Klassiker und wendet sich an Kinder ab 9 Jahren. In kurzen Filmen werden Themen wie „Was ist Geld“, „Was kauf ich mir?“, „Wie funktioniert der Markt?“, „Wie funktioniert ein Unternehmen?“ behandelt. Jetzt wird die Reihe um drei weitere kompaktere Filme ergänzt: „Wie kommt das Geld aus dem Bankomaten?“, „Warum sind manche Dinge mehr wert als andere?“ und „Wieso bekomme ich nicht alles, was ich will?“. Begleitet werden die Filme mittels Unterrichtsmaterialien für Sachunterricht (Volksschule) und Wirtschaftskunde (Sekundarstufe I), die sich den Kompetenzen laut jeweiligem Lehrplan zuordnen lassen. Kernstück der Interpretation ist die Behandlung der Themen aus der Perspektive der Lebenswirklichkeit der Kinder. Details:

www.sparefroh.at

Geldundso.at

Geldundso.at bietet ein weites Spektrum an Angeboten für



Anhand der Geschichte des Mädchens Lewi werden sowohl die internationale Arbeitsteilung als auch die Produktionsfaktoren altersgerecht für den Einsatz an Volksschulen erläutert.

„**Finanzielle Bildung für engagierte Bürger**“



Lewi untersucht den Kekse-Teig

Jugendliche. Ein Beispiel dafür sind die Arbeitsblätter für SchülerInnen von 9 bis 19 Jahren. Diese eignen sich ideal für einen abwechslungsreichen und praxisnahen Wirtschaftsunterricht. „Youth Start“ (IFTE) fördert Eigeninitiative und Unternehmergeist. Spielerisch werden Schülerinnen dazu animiert, Ideen zu entwickeln, Verantwortung zu übernehmen, Risiken abzuschätzen und finanzielle Entscheidungen zu treffen. Details:

www.geldundso.at

StarteDeinProjekt.at

StarteDeinProjekt.at ist eine Crowdfunding Plattform, die SchülerInnen von berufsbildenden Schulen dabei hilft, etwas zu unternehmen. Die gemeinsame Initiative von Erste Bank und Sparkassen, der Initiative für Teaching Entrepreneurship (IFTE) und des Wiener Stadtschulrats ermöglicht die Präsentation und Finanzierung von Projekten von Jugendlichen. Junge Menschen lernen für ihr Projekt Dritte zu begeistern, sich zu vernetzen und Investoren für Zeit und Geld zu gewinnen. Für die Jugendlichen werden Workshops zu Ideenfindung (Entrepreneurial Design) und Projektmanagement (Project Playground) angeboten. Die Crowdfunding-Plattform kann in Wien, Kärnten und Vorarlberg genutzt werden, die Workshops werden derzeit in Wien angeboten.

www.startedeinprojekt.at

Alle Interessierten sind eingeladen, die vier Konzepte Kindern & Jugendlichen anzubieten, damit sie ihre Ideen ins Rollen bringen und Projekte starten.



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Das muss doch noch „drinnen“ sein

„In einem der reichsten Länder der Welt muss das doch noch möglich sein!“ So lautet die griffige Kurzformel aller, die von der öffentlichen Hand etwas wollen. Vornehmlich natürlich Geld. Praktisch täglich meldet sich irgendwo jemand zu Wort, um für sein „berechtigtes Anliegen“ mehr Mittel von Bund, Ländern oder Gemeinden zu fordern. Die sozialpolitischen Sprecher der Parlamentsparteien sind dabei ohne Zweifel die Marktführer. Aber sie finden hundertfache Nachahmer. Theaterdirektoren pochen auf eine Valorisierung der öffentlichen Subventionen. Intendanten von Festspielen, Burgkonzerten oder Arkaden-Festivals aller Art monieren die Unterstützung des Landeshauptmanns oder des betroffenen Bürgermeisters. Die in den elektronischen Medien praktisch omnipräsenten Vertreter unzähliger NGOs werden ebenfalls nicht müde, von der Gesellschaft mehr Geld einzufordern. Ob Tierschutzprojekte, Landschaftsschutz oder Biosphärenpark: Alles ist wichtig, dient dem Schutz der Schöpfung und muss für künftige Generationen bewahrt werden.

Die Universitäten urgieren mehr öffentliche Forschungsaufträge, die Landeshauptleute machen sich für zusätzliche Grenzeinsätze der Exekutive stark und die Familienverbände fordern im Gegenzug von den Landeshauptleuten verlängerte Betriebszeiten bei den Kindergärten. Jeder, der sich wortgewaltig für die eigene Sache stark macht hat auch gute Argumente auf seiner Seite.

Doch keiner von diesen stellt sich die grundsätzliche Frage, ob sich die res publica diesen Pluralismus an „berechtigten Anliegen“ überhaupt noch leisten kann. Wir haben das Sensorium für die erreichte Ausgereiztheit öffentlicher Haushalte offensichtlich verloren.

Das ökologisch Wünschenswerte fegt das ökonomisch Machbare hinweg. Das kulturell Erstrebenswerte kümmert sich kaum um das subventionspolitisch Leistbare.

Daher zur tatsächlichen Berichtigung: Rund 45% der Ausgaben des Staates entfielen 2013 auf Sozialausgaben und sie lagen damit um 3,7% höher als im Jahr 2012. Diese Steigerungsrate liegt weit über dem realen Wirtschaftswachstum. Steuern und Sozialabgaben stiegen im Vorjahr um 3,9%. Die Kalte Progression lässt grüßen!

Was ist sonst noch mit den sprudelnden Steuereinnahmen passiert? Die Förderungen stiegen um knapp eine Milliarde Euro, auch Personal- und Sachaufwand haben sich erhöht. Gesunken sind hingegen zwei Positionen. Die Zinsen, was der anhaltenden Niedrigzinspolitik in Europa zu danken ist. Den höchsten Einsparungseffekt hat die öffentliche Hand allerdings bei den Investitionen „erzielt“. Diese sanken um Vorjahr um rund 15% auf 7,6 Mrd. Euro.

Noch Fragen?

-ih-

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„**Rendite bleibt machbar.**“

Titel aus der Tageszeitung „Handelsblatt“

„**Zinsen gibt es auch bei Aktien.**“

„Die Presse“ in ihrem Montagsschwerpunkt „Mein Geld“

„**Insgesamt sind seit heute 1.400 geteilte Mietautos in Wien unterwegs.**“

Aus einer Meldung auf orf.at